

## Antrag

der Abg. Lutz Jobs, Heike Sudmann, Norbert Hackbusch, Susanne Uhl,  
Julia Koppke (Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke)

### **Betr.: Keine neuen Atommüll-Lager in Brunsbüttel, Brokdorf und Krümmel – Die Atommülltransporte nach Gorleben ablehnen**

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß die fünf geplanten Atommüll-Lagerstätten (drei dezentrale Standortlager, zwei sogenannte Interimslager) an den Standorten Brunsbüttel, Brokdorf und Krümmel nicht errichtet werden.
2. Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, im Rahmen des Genehmigungsverfahrens Einwendungen gegen alle fünf neuen Atomanlagen an den Standorten Brunsbüttel, Brokdorf und Krümmel zu erheben, um dadurch auf die Sicherheit der geplanten Anlagen Einfluß nehmen zu können und im Zweifelsfall die Möglichkeit von rechtlichen Schritten offen zu halten. Die Bürgerschaft erachtet die Beteiligung der Hansestadt an diesen Verfahren als unerlässlich, um ihrer Verantwortung zum Schutz der Gesundheit der hamburgischen Bevölkerung gerecht zu werden.
3. Die Bürgerschaft lehnt die geplanten Atommülltransporte aus der Wiederaufarbeitungsanlage von La Hague nach Gorleben ab. Sie fordert den Senat auf, von einem Einsatz Hamburger Polizist/innen im Zusammenhang mit dem Transport abzusehen.

#### *Begründung:*

1. Die Betreiber der AKWs rund um Hamburg haben vor gut einem Jahr beim Bundesamt für Strahlenschutz die Genehmigung für den Betrieb von sogenannten dezentralen Zwischenlagern an den Standorten beantragt. Für Krümmel und Brunsbüttel wurden zudem auch noch sogenannte Interimslager geplant. Für die Atommeiler in Brokdorf, Brunsbüttel und Krümmel haben die Genehmigungsverfahren für die fünf Atommüll-Lager begonnen.

Die standortbezogene Atommüll-Lagerung stellt keine Lösung für den Jahrtausende strahlenden Atommüll dar, sondern ist lediglich eine Art Parkplatz. Die Sicherheitskonzepte gehen davon aus, daß diese Lagerhallen keinerlei Vorkehrungen gegen Einwirkungen von außen (z.B. Flugzeugabstürze, Explosionsdruckwellen) haben.

Als Schutz vor einer Freisetzung der Radioaktivität aus den Behältern dient allein der Behälter selbst. Dabei besteht das Problem, daß die zur Anwendung kommenden Castor-Behälter überwiegend ohne praktische Sicherheitsüberprüfung genehmigt wurden. Dies trifft auf alle Castor-Behältertypen zu, die nach 1982 entwickelt wurden. Daß damit die Sicherheit zumindest fragwürdig ist, räumt sogar das Bundesamt für Strahlenschutz ein:

„Es ist sinnvoll, diese Praxis zu überprüfen und ggf. nachträglich Fallversuche, Erhitzungsüberprüfungen und Eintauchversuche an Originalbehältern vorzunehmen“ (Bundesamt für Strahlenschutz, Radioaktive Frachten unterwegs, 2001, Seite 15).

In der Vergangenheit hat es ausreichend Anlässe gegeben, die belegen, daß die Sicherheit der Behälter in keinster Weise gewährleistet ist. Es hat immer wieder Veränderungen bei den Beladevorgängen gegeben, um aufgetretene Restfeuchte im Deckelbereich zu vermeiden. Restfeuchte kann zu Korrosionen an den Metall dichtungen der Behälter führen, eine Dichtheit der Behälter über Jahrzehnte wäre nicht gewährleistet. Das hier beschriebene Problem ist nur eines von vielen, das belegt, daß die vielbeschworene, jahrzehntelange Sicherheit der Atommüllbehälter in keinster Weise gewährleistet ist. Die beantragten Atomanlagen stellen somit ein zusätzliches Sicherheitsrisiko an den Standorten dar.

Für die dauerhafte Lagerung des hochradioaktiven Atommülls gibt es bis heute weltweit keine Lösung. Die derzeitige Bundesregierung hat erhebliche Zweifel an der Eignung des Salzstockes von Gorleben für diese Zwecke und hat deshalb vorläufig ein Moratorium verhängt. Vor diesem Hintergrund ist es

also durchaus möglich, daß die derzeit als Zwischenlager geplanten Hallen zu Endlagerstätten werden.

2. Viele Gemeinden in der Umgebung geplanter Atommüll-Lager haben diese Gefahren erkannt und sich gegen den Bau ausgesprochen. Sie werden mit dieser ablehnenden Position auf das Genehmigungsverfahren einwirken. Hamburg sollte sich dies zum Vorbild nehmen und gegen die Planungen an den Standorten Brunsbüttel, Brokdorf und Krümmel Einwendungen erheben. Der Schutz der Gesundheit der hamburgischen Bevölkerung ist eine der wichtigsten Aufgaben des Senats. Allein diese Aufgabe müßte die Hansestadt aus präventiven Gründen dazu veranlassen, sich als Einwanderin in das Genehmigungsverfahren einzumischen. Denn nur wenn Hamburg als Einwanderin in dem Genehmigungsverfahren auftritt, besteht rechtlich die Möglichkeit, auf die Sicherheit der zu genehmigenden Anlagen Einfluß zu nehmen. Außerdem ist die Einwendung Voraussetzung, um ggf. später auch auf dem Klagewege sicherheitstechnische Aspekte durchsetzen zu können.

3. Für Ende März werden die ersten Castor-Transporte seit Jahren erwartet. Aus der Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague soll Atommüll in sogenannten Glaskokillen ins Zwischenlager nach Gorleben gebracht werden. Dieser Transport wird von Umweltgruppen und Anti-AKW-Initiativen in Frankreich und der Bundesrepublik abgelehnt, da dieser Rücktransport zur Folge haben wird, daß die Atomtransporte in die Wiederaufarbeitungsanlage La Hague wieder aufgenommen werden. Dabei sind die Ursachen für die bei diesen Transporten aufgetretenen grenzwertüberschreitenden Kontaminationen bis heute vollkommen ungeklärt.

Von der Wiederaufnahme der Castor-Transporte in die Wiederaufarbeitungsanlagen wird auch die Hansestadt Hamburg unmittelbar betroffen sein: Aus den Atommeilern Brunsbüttel, Brokdorf und Krümmel und Stade wird der hochradioaktive Atommüll teilweise mitten durch die Hamburger Innenstadt rollen. Durch die Wiederaufnahme der WAA-Transporte wird der Weg freigemacht, um auch in Zukunft noch mehr Atommüll und Plutonium zu erzeugen. Schon jetzt lagern in den beiden Anlagen 20 t atombombentaugliches Plutonium aus der Bundesrepublik, die nicht wirtschaftlich verwertet werden können.

Die internen Lagerbecken in den AKWs sind jedoch randvoll, und eine Fortsetzung des Transportstopps stellt ihren Weiterbetrieb in Frage. Eine schadlose Verwertung des Mülls oder seine gesicherte Lagerung sind derzeit nicht möglich. Trotzdem soll über den unverantwortbaren und unsinnigen Transportetourismus und die Bereitstellung von überdimensionierten Lagerstätten an den Standorten der nicht akzeptable Weiterbetrieb der Atomkraftwerke in der Umgebung Hamburgs und anderswo gegen jede ökologische Vernunft durchgesetzt werden.